



Antrag

auf Gewährung von Zuwendungen an Klein- und Kleinstunternehmen

im Rahmen des Förderprogramms
„Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung EFRE 2021 bis 2027“ und auf
Grundlage der Richtlinie Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung
(vom 17. 01.2023) Ziffer II. Nr. 3 Buchstabe b sowie der Förderrichtlinie der
Stadt Limbach-Oberfrohna (vom 13.02.2024)

1. Allgemeines

1.1 An

Stadtverwaltung
Limbach-Oberfrohna
Stabsstelle E-Government &
Wirtschaftsförderung
Rathausplatz 1
09212 Limbach-Oberfrohna

<i>Nicht vom Antragsteller auszufüllen</i>	
Eingangsstempel	
Datum des Eingangs	
Datum der Bewilligung	
Antrags-Nr.	

Ich/wir beantrage(n)

eine Finanzierungshilfe für die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen des EFRE-Programmes „Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung EFRE 2021 bis 2027“ in dem EFRE-Fördergebiet der Stadt Limbach-Oberfrohna.

1.2 Antragsteller

Firma		Straße/Hausnummer	
Postleitzahl/Ort/Kreis		Gemeindekennziffer	Bundesland
Telefon		Name des Bearbeiters	
Fax		Emailadresse	

1.3 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	Zuständiges Finanzamt
	Postleitzahl/Ort
	Steuer-Nr.





1.4 Zuletzt wurden für die unter Punkt 2.1 angegebene(n) Betriebsstätte(n) öffentliche Finanzierungshilfen (von Europäischen Union, Bundesrepublik Deutschland oder Freistaat Sachsen) bewilligt bzw. beantragt:

Investitionszeitraum	Datum des Antrags sowie Aktenzeichen und Datum des Bewilligungsbescheids	Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.
Beginn Monat Jahr		
Beendigung Monat Jahr		

1.5 Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu mehr als 25 % im Besitz eines anderen oder mehrerer anderer Unternehmen steht?

nein

ja ➤ Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (ggf. Anlage):

Zutreffendes bitte ankreuzen



1.6 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen/Jahresumsatz

< 50

≥ 50

Jahresumsatz über 10 Mio. €

nein

ja

Jahresbilanzsumme über 10 Mio. €

nein

ja

Besteht die Berechtigung zum Vorsteuerabzug?

ja

nein

Wenn ja, dann ist die Bestätigung des zuständigen Finanzamtes vorzulegen

Nicht vom Antragsteller auszufüllen

KU i. S. d. Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen an Klein- und Kleinstunternehmen (VO (EG) Nr. 361/2003 der Kommission vom 20.05.2003)

ja

nein



2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

Postleitzahl	Ort
Straße und Hausnummer	

Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in Limbach-Oberfrohna?

nein

ja > Geben Sie bitte den Wirtschaftszweig und die Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) an:

2.2 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2 bezeichneten Vorhabens

Die vorgesehenen Investitionen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z. B. die Absatzperspektive) sind darzustellen. Dabei ist auch auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z. B. Umsatz, Beteiligungen, Historie, Kapazitätsauslastung, Notwendigkeit und Ziel der Investitionen, Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten) einzugehen (ggf. als Anlage beifügen).



2.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik

Beschreibung der gewerblichen Tätigkeit

Wenn sich die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige erstreckt, bitte nähere Angaben: z. B. prozentualer Anteil am Umsatz, erforderlichenfalls in einer Anlage.

Angaben zum Absatzgebiet (zu den Abnehmern) für die in der Betriebsstätte erstellten Produkte und Leistungen

Bitte nähere Angaben: z. B. prozentualer Anteil des Absatzes nach Kreisen, Bundesländern und Ausland, erforderlichenfalls in einer Anlage. Diese Angaben sind erforderlich, falls der überregionale Absatz zu bewerten ist. Sie sind ggf. in geeigneter Form nachzuweisen.

Nicht vom Antragsteller auszufüllen

Die zu fördernde Betriebsstätte erfüllt die Merkmale der GA-Förderung:

- gemäß Positivliste

ja

nein

- gemäß Einzelfallnachweis (vgl. geltenden Rahmenplan)

ja

nein



3. Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen

3.1 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze zu Investitionsbeginn

(Als Arbeitsplatz gelten sozialversicherungspflichtige Anstellungsverhältnisse mit mindestens 20 Wochenstunden)

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl. 4	Ausbild.-plätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition

("Dauerarbeitsplätze" müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich für mehr als 2 Jahre besetzt werden)

Anzahl der geplanten zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl. 4	Ausbild.-plätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

Anzahl der geplanten gesicherten Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen
(Addition der Arbeitsplätze nach Punkt 3.1 und 3.2)

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl. 4	Ausbild.-plätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

4. Investitionskosten¹ (gem. Kosten- und Finanzierungsplan)

4.1	Anschaffungs- /Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens	
4.2	Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter	
4.3	Anschaffungskosten gebrauchter Wirtschaftsgüter (Hierzu werden entsprechende Nachweise zur Finanzierung und dem Wert)	
Gesamt in € (Summe 4.1 – 4.3)¹		

5. Zeitliche Durchführung der Investition

Maßnahmenbeginn	Tag	Monat	Jahr

Maßnahmenende	Tag	Monat	Jahr

¹ Wenn kein Vorsteuerabzug (siehe Punkt 1.5), dann Bruttobetrag



6. Falls Investitionen in mehreren Jahren durchgeführt werden sollen (max. 36 Kalendermonate, aber höchstens bis zum 31.05.2027)

Aufstellung der Investitionskosten	
Jahr	Betrag (€)

7. Finanzierung

Eigenmittel (€)	
Fremdmittel (Kredite) (€)	
mögliche Finanzierungshilfen (EFRE KU-Förderung) (€)	
Gesamtfinanzierung (€) (Mit Nachweis der Gesamtfinanzierung des Vorhabens durch Bestätigung der Hausbank)	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.



8. Erklärungen

- 8.1 Ich/wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Erteilung des Zuwendungsbescheids oder vor Abschluss des Zuwendungsvertrages oder vor Erteilung einer Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn auf Grundlage des eingereichten Förderantrages mit baulichen Maßnahmen begonnen zu haben. Leistungen und Ausgaben für den Grunderwerb, Planung, Baugrunduntersuchung und Herrichten des Grundstücks (sofern nicht alleiniger Zuwendungszweck) können auch vor Beginn des Bewilligungszeitraumes, frühestens jedoch ab dem 17.01.2023 erbracht und bezahlt worden sein.
- 8.2 Ich/wir erkläre(n), dass gegen mich/uns keine offene Rückforderungsanordnungen aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, der er nicht fristgerecht in voller Höhe Folge geleistet hat. (Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Artikels 1 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014).
- 8.3 Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.
- 8.4 Ich/wir erkläre(n), dass die Finanzierung der anfallenden Bewirtschaftungs-/Folgekosten für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist gesichert ist.
- 8.5 Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionengesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.
- 8.6 Ich/wir verzichten unwiderruflich auf mögliche planungsrechtliche Entschädigungsansprüche, die aufgrund der Beseitigung der Gebäude bzw. Anlagen, der Aufhebung und Änderung des Planungsrechtes für das betroffene Grundstück entstanden sind oder entstehen können.
- 8.7 Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionengesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/ Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.
- 8.8 Mir/uns ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.
- 8.9 Mir/uns ist bekannt, dass soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 87 Abs.1 EG Vertrag handelt, erfolgt die Förderung nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen oder der Verordnung (EG) Nr.800/2008 der Kommission vom 06.08.2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG- Vertrag (allgemeine Freistellungsverordnung) (ABL. L214 vom 09.08.2008, S. 3) sowie deren Nachfolgeregelungen.
- 8.10 Ich/wir versichern, dass zur Realisierung der beantragten Investitionen keine anderen Fördermittel in Anspruch genommen werden. Sollten während der Durchführung andere öffentliche Mittel bewilligt werden, haben ich/wir dies unverzüglich mitzuteilen.
- 8.11 Bei der Durchführung der Maßnahme werden die Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen und die Einhaltung des Prinzips der Nichtdiskriminierung beachtet.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel





8.12 Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1. der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

9. Anlagen

- Informationsblatt KU (SAB-Formblatt 60300)
- Bewertungskriterien KU-Förderung 2021-2027
- Vereinfachte melderechtliche KMU-Selbsterklärung (SAB-Formblatt 63521)
- **NURI** bei verbundenen KMU I KU-Bewertung inkl. Berechnungsbogen zur KU-Bewertung und Bewertungskriterien (SAB-Formblatt 60314 und 60314-1)
- Stellungnahme der Hausbank
- Informationsblatt De-minimis-Beihilfen (SAB-Formblatt 60380)
- De-minimis-Erklärung (SAB-Formblatt 60381)
- Erklärung des Antragstellers – kein Unternehmen in Schwierigkeiten (SAB-Formblatt 61369)
- Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung zum Antrag auf Bezuschussung
- Datenschutzhinweise für Kunden und Interessenten (SAB-Formblatt 61369)
- Ausgaben- und Finanzierungsplan
- Unterschriftskarte

10. Einzureichende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind bei der Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna, Stabsstelle E-Government & Wirtschaftsförderung, Rathausplatz 1, 09212 Limbach-Oberfrohna einzureichen.

- Fördermittelantrag
- Bewertungskriterien KU-Förderung 2021-2027
- vereinfachte melderechtliche KMU-Selbsterklärung (SAB-Formblatt 63521)
- **NURI** bei verbundenen KMU I KU-Bewertung inkl. Berechnungsbogen zur KU-Bewertung und Bewertungskriterien (SAB-Formblatt 60314 und 60314-1)
- Stellungnahme der Hausbank
- De-minimis-Erklärung (SAB-Formblatt 60381)
- Erklärung des Antragstellers – kein Unternehmen in Schwierigkeiten (SAB-Formblatt 61369)
- Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung zum Antrag auf Bezuschussung
- Ausgaben- und Finanzierungsplan (ggf. Businessplan)
- Unterschriftskarte
- Gewerbeschein oder Handelsregisterauszug (in Kopie)
- Bescheinigung in Steuersachen (in Kopie)
- Mietvertrag oder Nachweis des Eigentums der Immobilie (in Kopie)

Mit der Maßnahme darf erst begonnen werden, wenn dazu eine Genehmigung vorliegt. Es kann ggf. ein

- Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt werden.

Im Rahmen der Bearbeitung kann der Antragsteller zur Vorlage weiterer Unterlagen verpflichtet werden.

11. Informationen und Beratung

Für weitere Informationen und für Beratung stehen Ihnen Mitarbeiter der Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna zur Verfügung:

Stabsstelle E-Government & Wirtschaftsförderung

Tel: 03722 78-376

E-Mail: wirtschaftsfoerderung@limbach-oberfrohna.de





Übersicht der Bewertungskriterien der KU-Förderung in der EFRE Förderperiode 2021-2027 (min. 3 Kriterien müssen zutreffen)

		Zutreffen- des bitte ankreuzen
Umweltschutz	Die Umsetzung der Maßnahme leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation im Gebiet oder sie trägt direkt zum Umweltschutz bei oder sie trägt zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes bei.	
Gender-mainstream	Die Maßnahme leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.	
Arbeitsplätze	Mit dem Vorhaben werden neue Arbeitskräfte eingestellt und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben führt zur Schaffung von zusätzlichen dauerhaften betrieblichen Arbeitsplätzen innerhalb des Fördergebietes.	
Ausbildung	Das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben führt zur Schaffung von Ausbildungsplätzen innerhalb des Fördergebietes.	
Ansiedlung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen errichtet im Fördergebiet einen Betrieb oder eine Betriebsstätte neu und das nach dieser Richtlinie geförderte Unternehmen leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.	
Entwicklung/ Erweiterung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen befindet sich in Erweiterung und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben leistet zur Unternehmensentwicklung im Fördergebiet einen wesentlichen Beitrag	
Innovation	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen führt an der Betriebsstätte im Fördergebiet ein innovatives (neues) unternehmerisches Vorhaben durch. Das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben erfüllt im Stadtgebiet Alleinstellungskriterien.	
Wirtschaftsstruktur	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen sichert die Versorgung der Einwohner oder anderer Unternehmen des Fördergebietes mit ortsnah benötigten Produktionen oder Dienstleistungen, die besondere Bedeutung für eine ausgewogene Versorgungsstruktur im Fördergebiet haben. Das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben trägt wesentlich zur Weiterentwicklung dieser Funktion des begünstigten Unternehmens bei.	
Standortentwicklung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen führt im Fördergebiet ein neues unternehmerisches Vorhaben mit erwerbswirtschaftlichen Zielen durch und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben leistet zur günstigen Entwicklung oder zum Nachteilsausgleich im Fördergebiet einen Beitrag, der die Entwicklung des Standortes maßgeblich positiv beeinflusst.	
Verflechtung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen führt ein neues betriebliches Vorhaben durch, das neben betriebsinternen Verbesserungen (betriebliche Wirkung) auch die wirtschaftliche Verflechtung des Unternehmens verbessert (überbetriebliche Wirkung), indem es entweder a) beim geförderten Unternehmen maßgebliche Verbesserungen in einer Vielzahl von externen Beziehungen (z. B. zu Kunden, Lieferanten, Anliegern, Geschäftspartnern etc.) herbeiführt oder b) für eine Vielzahl von anderen Unternehmen im Fördergebiet maßgebliche Verbesserungen der externen Beziehungen herbeiführt.	
Gefährdung	Der Standort des begünstigten Klein- oder Kleinstunternehmens ist durch staatliche Auflagen gefährdet und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben sichert den im Fördergebiet bestehenden Standort dauerhaft. Das Unternehmen darf nicht die Begriffsbestimmungen der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten erfüllen.	

Vereinfachte melderechtliche KMU-Selbsterklärung des Antragstellers

Hinweis: Die vereinfachte Selbsterklärung kann nur verwendet werden, wenn es sich bei dem Unternehmen des Antragstellers nicht um ein mit anderen Unternehmen verflochtenes Unternehmen (verbundenes Unternehmen bzw. Partnerunternehmen) gemäß Ziff. 2 des Informationsblatts KMU (SAB-Vordruck 60300) handelt.

Bei verflochtenen Unternehmen ist die KMU-Bewertung mittels der SAB-Vordrucke VD60314 und VD60314-1 zu erbringen.

1. Antragsteller

1.1 Allgemeine Angaben

Name	Geburtsdatum (falls natürliche Person) (TT.MM.JJJJ)
Vorname	Straße, Hausnummer
bzw. Firma	PLZ Ort

1.2 Angaben zum Unternehmen

Bilanzstichtag (TT.MM.JJJJ)	Anzahl Mitarbeiter im Unternehmen
Jahresumsatz (T€)	Bilanzsumme (T€)

2. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller bestätigt, dass es bei dem Unternehmen um ein eigenständiges Unternehmen ohne Verflechtungen mit anderen Unternehmen handelt.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Selbsterklärung gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.

Antragsteller Ort	Rechtsverbindliche Unterschrift Stempel
Datum (TT.MM.JJJJ)	

Bearbeitungsvermerk SAB (nur auszufüllen bei Kreditanträgen)

Geschäftspartner nummer (Hauptgeschäftspartner)	
Fachabteilung kontrolliert	bearbeitet
Datum Kennzeichen Unterschrift	Datum Kennzeichen Unterschrift

zurück an Fachabteilung z.d.A.

Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung

Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Name	Firma
Vorname	

1. Berechnungsbogen A - Angaben zu verbundenen Unternehmen

1.1 Daten¹ der Unternehmen, die mit dem Antrag stellenden Unternehmen direkt oder über eine natürliche Person oder Personengruppe² verbunden sind

Jahr	Ifd. Nr.	Unternehmensbezeichnung	Anzahl Mitarbeiter ³		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
	1							
	2							
	3							
	4							
	5							
	6							
Teilergebnis 1.1 (Addition)								

1.2 Daten¹ der Unternehmen, die mit dem verbundenen Unternehmen (siehe 1.1) direkt oder über eine natürliche Person oder Personengruppe² verbunden sind

Jahr	Ifd. Nr.	Unternehmensbezeichnung	Anzahl Mitarbeiter ³		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
	1							
	2							
	3							
	4							
	5							
	6							
Teilergebnis 1.2 (Addition)								

¹ Die Angaben unter den Ziff. 1.1-2.4 beziehen sich auf das Jahr des letzten bzw. vorletzten Bilanzstichtags.

² Siehe Informationsblatt zur KMU-Definition, Seite 1, Ziffer 2, Abschnitt "Verbundene Unternehmen".

³ Die „Mitarbeiterzahl“ unter den Ziff. 1.1-2.4 umfasst Vollzeit-, Teilzeit- und Zeitarbeitskräfte sowie Saisonpersonal und schließt folgende Gruppen ein: Lohn- und Gehaltsempfänger; mitarbeitende Eigentümer; Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben; für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen (z. B. Leiharbeitnehmer). Teilzeitbeschäftigte/Saisonarbeiter, geringfügig Beschäftigte werden anteilig berücksichtigt. Nicht angerechnet werden Auszubildende, Mutterschutz-/ Elternzeitbeurlaubte sowie Wehr-/Bundesfreiwilligendienstleistende.

Berechnungsformel:
 Anzahl Vollzeitbeschäftigte =
$$\frac{\text{Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden aller zu erfassenden Arbeitnehmer}}{\text{Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden einer Vollzeitkraft}}$$

1.3 Daten¹ der Partnerunternehmen der unter 1.1 und 1.2 angegebenen verbundenen Unternehmen

		Aktuelle Beteiligung (in %)	Anzahl Mitarbeiter		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Jahr								
Ifd. Nr.	Unternehmensbezeichnung							
1								
2								
3								
4								
5								
6								
Teilergebnis 1.3 (Addition, quotal)								

1.4 Addition der unter 1.1 bis 1.3 angegebenen Daten

		Anzahl Mitarbeiter	Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Jahr						
Teilergebnis 1.1						
Teilergebnis 1.2						
Teilergebnis 1.3						
Zwischenergebnis 1 (Addition)						

2. Berechnungsbogen B - Angaben zu Partnerunternehmen

2.1 Daten¹ der Partnerunternehmen² des Antrag stellenden Unternehmens

		Aktuelle Beteiligung (in %)	Anzahl Mitarbeiter		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Jahr								
Ifd. Nr.	Unternehmensbezeichnung							
1								
2								
3								
4								
5								
6								
Teilergebnis 2.1 (Addition, quotal)								

2.2 Daten der mit den Partnerunternehmen (siehe 2.1) direkt verbundenen Unternehmen

Jahr			Aktuelle Beteiligung (in %)	Anzahl Mitarbeiter		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Ifd. Nr.	Unternehmensbezeichnung	Beziehung ⁴							
1									
2									
3									
4									
5									
6									
Teilergebnis 2.2 (Addition, quotal)									

2.3 Daten¹ der mit den direkt verbundenen Unternehmen (siehe 2.2) verbundenen Unternehmen

Jahr			Aktuelle Beteiligung (in %)	Anzahl Mitarbeiter		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Ifd. Nr.	Unternehmensbezeichnung	Beziehung ⁵							
1									
2									
3									
4									
5									
6									
Teilergebnis 2.3 (Addition, quotal)									

2.4 Addition der unter 2.1 bis 2.3 angegebenen Daten

Jahr	Anzahl Mitarbeiter	Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Jahr					
Teilergebnis 2.1					
Teilergebnis 2.2					
Teilergebnis 2.3					
Zwischenergebnis 2 (Addition)					

⁴ bitte hier jeweils zusätzlich angeben, zu welchem der Unternehmen 1-6 unter 2.1 eine Beziehung besteht

⁵ bitte hier jeweils zusätzlich angeben, zu welchem der Unternehmen 1-6 unter 2.2 eine Beziehung besteht

3. Zusammenfassung der in dieser Anlage eingetragenen Werte

3.1 Daten des Antrag stellenden Unternehmens

	Anzahl Mitarbeiter		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Jahr						
Daten des Antrag stellenden Unternehmens						

3.2 Addition der Daten unter Ziff. 3.1 mit den Zwischenergebnissen zu verbundenen Unternehmen und Partnerunternehmen

	Anzahl Mitarbeiter		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
Jahr						
Daten des Antrag stellenden Unternehmens						
Angaben zu Verbundenen Unternehmen (= Zwischenergebnis 1)						
Angaben zu Partnerunternehmen (= Zwischenergebnis 2)						
Gesamtergebnis (Addition)						

4. Erklärungen

Der beantragten Zuwendung liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen nach Landesrecht (Subventionsgesetz des Landes Sachsen) vom 14. Januar 1997 i.V.m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden.

Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden Angaben und Erklärungen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind und ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist:

- Ziffer 1.1 „Daten der Unternehmen, die mit dem Antrag stellenden Unternehmen direkt oder über eine natürliche Person oder Personengruppe verbunden sind“
- Ziffer 1.2 „Daten der Unternehmen, die mit dem verbundenen Unternehmen (siehe 1.1) direkt oder über eine natürliche Person oder Personengruppe verbunden sind“
- Ziffer 1.3 „Daten der Partnerunternehmen der unter 1.1 und 1.2 angegebenen verbundenen Unternehmen“

- Ziffer 2.1 „Daten der Partnerunternehmen des Antrag stellenden Unternehmens“
- Ziffer 2.2 „Daten der mit den Partnerunternehmen (siehe 2.1) direkt verbundenen Unternehmen“
- Ziffer 2.3 „Daten der mit den direkt verbundenen Unternehmen (siehe 2.2) verbundenen Unternehmen“
- Ziffer 3.1 „Daten des Antrag stellenden Unternehmens“

Mir/Uns ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind.

Mir/Uns sind die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Antragsteller

Ort

Datum (TT.MM.JJJJ)

Rechtsverbindliche Unterschrift | Stempel

Bearbeitungsvermerk SAB (nur auszufüllen bei Kreditanträgen)

Fachabteilung

kontrolliert

Datum | Kennzeichen | Unterschrift

bearbeitet

Datum | Kennzeichen | Unterschrift

Anlage zum Förderantrag vom (TT.MM.JJJJ)

KMU-Bewertung

Die folgenden Angaben werden benötigt für die Bewertung des Antrag stellenden Unternehmens¹ als kleines und mittleres Unternehmen (KMU) im Sinne der KMU-Definition gemäß der Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6. Mai 2003, Amtsblatt der EU Nr. L 124/36 vom 20.05.2003, bzw. Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, Abl. EU 187/1 vom 26. Juni 2014).

Hinweis: Auf das Informationsblatt KMU (VD 60300) wird verwiesen (verfügbar unter www.sab.sachsen.de).

Bei Beantragung von Zuschüssen ist dieser Vordruck vollständig auszufüllen.

Förderprogramm

Bei der Antragstellung von Darlehen, die nicht über die Hausbank des Unternehmens, sondern direkt bei der SAB beantragt werden, ist zusätzlich zu den Ziffern 2 und 3 der Vordruck „Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten“ (SAB-Vordruck 65222-1) auszufüllen.

1. Antragsteller

1.1 Allgemeine Angaben

Name

Vorname

Geburtsdatum (falls natürliche Person) (TT.MM.JJJJ)

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

bzw. **Firma**

1.2 Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte²

Die Schwellenwerte beziehen sich auf die durchgeführten Jahresabschlüsse der letzten zwei Jahre. Bei einem neu gegründeten Unternehmen, das noch keinen Abschluss für einen vollständigen Rechnungszeitraum vorlegen kann, werden die Schwellenwerte im laufenden Geschäftsjahr nach Treu und Glauben geschätzt.

Bilanzstichtag (TT.MM)

Jahr	Anzahl Mitarbeiter ²		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
	20	20	20	20	20	20

¹ Sofern es sich beim Antragsteller um eine natürliche Person handelt, werden hier die Angaben des begünstigten Unternehmens benötigt.

² Die „Mitarbeiterzahl“ umfasst Vollzeit-, Teilzeit- und Zeitarbeitskräfte sowie Saisonpersonal und schließt folgende Gruppen ein:

- Lohn- und Gehaltsempfänger;
 - mitarbeitende Eigentümer;
 - Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben;
 - für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen (z. B. Leiharbeiter).
- Teilzeitbeschäftigte/Saisonarbeiter, geringfügig Beschäftigte werden anteilig berücksichtigt.

Nicht angerechnet werden Auszubildende, Mutterschutz-/Elternzeitbeurlaubte sowie Wehr-/Bundesfreiwilligendienstleistende.
Berechnungsformel:

$$\text{Anzahl Vollzeitbeschäftigte} = \frac{\text{Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden aller zu erfassenden Arbeitnehmer}}{\text{Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden einer Vollzeitkraft}}$$

1.3 Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens
(Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.)

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung

	Beteiligung am Antrag stellenden Unternehmen	
	Kapital (in %)	Stimmrechte (in %)

2. Besitz- und Beteiligungsverhältnisse

2.1 Allgemeine Angaben

Werden 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte des Antrag stellenden Unternehmens von einer oder mehreren öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts einzeln oder gemeinsam kontrolliert?

ja nein

Wird für das Antrag stellende Unternehmen ein konsolidierter Jahresabschluss erstellt bzw. wird das Antrag stellende Unternehmen in einen konsolidierten Jahresabschluss einbezogen?

ja nein

2.2 Verbundene Unternehmen

Steht das Antrag stellende Unternehmen mit anderen Unternehmen (juristischen Personen) direkt oder indirekt in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen?

ja nein

Steht das Antrag stellende Unternehmen über eine natürliche Person/Personengruppe (umfasst auch verwandtschaftliche Beziehungen zwischen einer oder mehreren verantwortlich handelnden Personen verschiedener Unternehmen oder eine verantwortlich handelnde Person in verschiedenen Unternehmen) mit anderen Unternehmen in demselben Markt oder in benachbarten Märkten in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen?

ja nein

Stehen die Gesellschafter (juristische Personen) des Antrag stellenden Unternehmens in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen und halten sie gemeinsam mehr als 50% des Kapitals oder der Stimmrechte am Antrag stellenden Unternehmen?

ja nein

Unternehmensbeziehungen:

- a) Ein Unternehmen hält die Mehrheit (> 50 %) der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens.
- b) Ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit (> 50 %) der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen.
- c) Ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen abgeschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben.

d) Ein Unternehmen, das Aktionär oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Aktionären oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit (> 50 %) der Stimmrechte von dessen Aktionären oder Gesellschaftern aus.

2.3 Partnerunternehmen

Hält das Antrag stellende Unternehmen allein mindestens 25 % und höchstens 50 % des Kapitals/der Stimmrechte an anderen Unternehmen?

ja nein

Hält einer der Gesellschafter (juristische Personen) des Antrag stellenden Unternehmens 25 % und höchstens 50 % des Kapitals/der Stimmrechte am Antrag stellenden Unternehmen?

ja nein

Hält das Antrag stellende Unternehmen gemeinsam mit einem oder mehreren verbundenen Unternehmen zwischen 25 % und 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an anderen Unternehmen?

ja nein

Stehen die Gesellschafter (juristische Personen) des Antrag stellenden Unternehmens in einer der unter 2.2 Buchst. a)-d) genannten Unternehmensbeziehungen und halten sie gemeinsam zwischen 25 % und 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte?

ja nein

Ist der Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens ein "privilegierter Investor", bitte zutreffendes Feld ankreuzen:

- staatliche Beteiligungsgesellschaft**
- Risikokapitalgesellschaft**
- Business Angel** (mit Gesamtinvestitionsbetrag bis 1,25 Mio. € je Unternehmen)
- Universität**
- Forschungszentrum ohne Gewinnzweck**
- Institut, Ableger einschl. regionaler Entwicklungsfonds**
- Autonome Gebietskörperschaft** (Jahreshaushalt < 10 Mio. €, < 5000 Einwohner)

Mischt sich dieser Investor - unbeschadet seiner Rechte als Aktionär oder Gesellschafter - direkt oder indirekt in die Verwaltung des betroffenen Unternehmens ein?

ja nein

2.4 Ausfüllen des Berechnungsbogens / Beifügen eines Organigramms

Wurde mindestens eine der Fragen unter "Verbundene Unternehmen" bzw. "Partnerunternehmen" mit "ja" beantwortet, dann füllen Sie bitte zusätzlich den "Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung" (SAB-Vordruck 60314-1) aus.

Haben sich innerhalb der letzten zwei Jahre bzw. seit dem letzten Jahresabschluss die gesellschaftsrechtlichen Eigentumsverhältnisse am Antrag stellenden Unternehmen bzw. im Unternehmensverbund (verbundene Unternehmen und/ oder Partnerunternehmen) geändert?

ja nein

Sofern eine der Fragen unter 2.1 bis 2.3 mit „ja“ beantwortet wurde, ist der "Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung" (SAB-Vordruck 60314-1) auszufüllen. Sofern die Daten des Antrag stellenden Unternehmens bzw. des konsolidierten

Jahresabschlusses, in den dieses Unternehmen eingeht, bereits die KMU- Schwellenwerte überschreiten (≥ 250 Mitarbeiter bzw. > 50 Mio. € Jahresumsatz und > 43 Mio. € Jahresbilanzsumme), ist die Ausfüllung des Berechnungsbogens nicht mehr erforderlich.

Die Stimmrechts- und Kapitalanteile der Unternehmen (einschließlich des Antragstellers) sind mit Hilfe eines detaillierten **Organigramms** (gesellschaftsrechtliche Beteiligungen namentlich und mit Prozentangabe sowie Angabe des Geschäftsführers, einschließlich aller Unternehmen, an denen mit den Gesellschaftern verwandte Personen/Ehepartner der Gesellschafter oder mit Gesellschaftern in nicht ehelicher Lebensgemeinschaft lebende Personen Anteile halten bzw. in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen stehen) darzustellen. Bei Betriebsaufspaltungen sind der Jahresumsatz, die Jahresbilanzsumme sowie die Anzahl der Vollbeschäftigten zusätzlich im Organigramm mit anzugeben.

3. Erklärung zu Besitz-/ Beteiligungsverhältnissen bei Kapitalstreuung

(Nur auszufüllen, wenn die Anteile aufgrund der Kapitalstreuung nicht ermittelt werden können)

Ich gehe/Wir gehen wegen der fehlenden Möglichkeit einer exakten Feststellung aller Anteilseigner aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass das Antrag

stellende Unternehmen sich nicht zu 25 % oder mehr in Besitz eines Unternehmens oder im gemeinsamen Besitz von miteinander bzw. über natürliche Personen oder eine Gruppe natürlicher Personen verbundenen Unternehmen befindet.

Antragsteller

Ort	Datum (TT.MM.JJJJ)

Rechtsverbindliche Unterschrift Stempel

4. Erklärungen des Antragstellers

Der beantragten Zuwendung liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i.V.m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden.

Sinne von § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und ein Subventionsbetrug nach § 264 strafbar ist.

Ich/Wir bin/ sind darüber unterrichtet, dass alle in diesem Formular in den Ziffern 1.2 "Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte", 1.3 "Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens", 2.1. "Allgemeine Angaben", 2.2 „Verbundunternehmen“, 2.3 "Partnerunternehmen" und 2.4 "Ausfüllen des Berechnungsbogens/Beifügen eines Organigramms" und 3. "Erklärung zu Besitz- und Beteiligungsverhältnissen" gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im

Mir/uns ist ferner bekannt, dass Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind.

Mir/uns sind weiterhin die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Antragsteller

Ort	Datum (TT.MM.JJJJ)

Rechtsverbindliche Unterschrift Stempel

Bearbeitungsvermerk SAB (nur auszufüllen bei Kreditanträgen)

Geschäftspartner nummer (Hauptgeschäftspartner)

Fachabteilung

kontrolliert

Datum Kennzeichen Unterschrift

bearbeitet

Datum Kennzeichen Unterschrift



Stellungnahme der Hausbank

Stadtverwaltung
Limbach-Oberfrohna
Stabsstelle E-Government &
Wirtschaftsförderung
Rathausplatz 1
09212 Limbach-Oberfrohna

**Gewährung von Zuwendungen an Klein- und Kleinstunternehmen
im Rahmen des Förderprogramms „Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung
EFRE 2021 bis 2027“ auf der Grundlage der Richtlinie Nachhaltige Integrierte
Stadtentwicklung (vom 17.01.2023) Ziffer II. Nr. 3 b sowie der KU-Richtlinie der Stadt
Limbach-Oberfrohna (vom 13.02.2024) im EFRE- Fördergebiet**

Antragsteller/Anschrift: _____

Hausbank/Anschrift: _____

Zuständiger Sachbearbeiter: _____

Telefon/Telefax: _____

- Mit unserer Stellungnahme (umseitig) stimmen wir der beantragten Gewährung von Zuwendungen entsprechend der **Förderrichtlinie der Stadt Limbach-Oberfrohna** zu / nicht zu ^{x)}.

Danach sind folgende Beihilfen möglich:

Investitionszuschüsse in Höhe von _____ € sowie

Zulagen für die Schaffung neuer
Arbeitsplätze in Höhe von _____ €

x) Nicht Zutreffendes bitte streichen



- Wir erklären uns als Hausbank bereit, die Kofinanzierung zu übernehmen ^{x)}.
- Wegen des hohen Einsatzes von Eigenmitteln ist eine Kofinanzierung durch die Hausbank nicht erforderlich ^{x)}.

Zum Antragsteller, zum Vorhaben sowie zu den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Beurteilung der persönlichen Kreditwürdigkeit sowie der fachlichen und kaufmännischen Fähigkeiten des Inhabers/geschäftsführenden Gesellschafters:
2. Vermögenslage, Liquidität, Rentabilität
3. Stellungnahme zu dem beabsichtigten Vorhaben
- 4 a) Ist die Gesamtfinanzierung des Vorhabens, einschl. der angegebenen Eigenmittel gesichert?
- 4 b) Kann der Antragsteller die im Finanzierungsplan gesetzten Eigenmittel aufbringen? (Herkunft der Eigenmittel bitte angeben)
- 4 c) Welche anderen Finanzmittel (außer Mittel aus diesem EFRE-Programm) werden eingesetzt, z. B. Kredite, Unterstützung Jobcenter?

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel der Hausbank

x) Nicht Zutreffendes bitte streichen



De-minimis-Erklärung

1. Antragsteller

Name	Straße, Hausnummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname	PLZ Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
bzw. Firma	
<input type="text"/>	

2. Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „ein einziges Unternehmen“ in einem Zeitraum von drei Jahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als ein einziges Unternehmen zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit

anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen in einem Zeitraum von drei Jahren gewährt wurden, angegeben werden.

Im Zuge von Unternehmensaufspaltungen werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

3. Erklärung zu De-minimis-Beihilfen

Hiermit bestätige ich, dass ich als ein einziges Unternehmen gemäß Punkt 2 in einem Zeitraum von drei Jahren

keine **folgende**

in der Anlage zur De-minimis-Erklärung aufgeführten Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe:

- Allgemeine-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen¹, bzw. im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen²
- Agrar-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor³,
- Fisch-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor⁴

¹ Amtsblatt der EU L vom 15. Dezember 2023

² Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24. Dezember 2013, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023, Amtsblatt der EU L, 2023/2391, 05.10.2023.

³ Amtsblatt der EU L 352/9 vom 24. Dezember 2013, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023, Amtsblatt der EU L, 2023/2391, 05.10.2023.

⁴ Amtsblatt der EU L 190/45 vom 28. Juni 2014, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023, Amtsblatt der EU L, 2023/2391, 05.10.2023.

4. Erklärung des Antragstellers zur Subventionserheblichkeit

1. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der Anlage auf der folgenden Seite gemachten Angaben wird hiermit versichert. Es ist bekannt, dass falsche Angaben zur Rückforderung der Zuwendung führen können.

2. Der Zuwendung liegen Subventionen des Landes bzw. des Bundes und/oder der EU zugrunde, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 (GVBI S. 2) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037)(BGBl. III 453-18-1-2) geändert durch Sechstes Überleitungsgesetz vom 25.9.1990 (BGBl. I S. 2106) Anwendung findet. Nach § 3 SubvG sind Sie verpflichtet, uns unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass meine/unsere in diesem Formular unter der Ziffer 3 (Erklärung zu De-minimis-Beihilfen) sowie in der Anlage zur De-minimis-Erklärung (Ziffer 1 „Erhaltene De-minimis-Beihilfen des Antragstellers“ und Ziffer 2 „De-minimis-Beihilfen, die die verbundenen Unternehmen des Antragstellers erhalten haben“) gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind.

Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt.

Ich bin/Wir sind verpflichtet, der SAB unverzüglich eine nachträgliche Änderung der vorgenannten Angaben mitzuteilen (betrifft z. B. weitere De-minimis-Beihilfen, die dem Antragsteller erst nach Einreichung dieser De-minimis-Erklärung gewährt werden).

Antragsteller

Ort

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift | Stempel

Anlage zur De-minimis-Erklärung

Erhaltene De-minimis-Beihilfen des Antragstellers (ohne SAB) und beantragte De-minimis-Beihilfen (ohne SAB)

Bitte erfassen Sie alle De-minimis-Beihilfen mit Ausnahme derer, die die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - gewährt hat.

Antragsteller (gemäß Punkt 2 der De-minimis-Erklärung)	Datum Zuwendungs- bescheid/Vertrag (TT.MM.JJJJ)	Beihilfegeber	Aktenzeichen	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	De-minimis-Beihilfen⁶ - Art d. Beihilfe/Beihilfebetrags: Hinweis: Bei Darlehens- oder Bürgschaftsförderungen bitte nur den Beihilfewert eintragen! (in EUR)		
					Allgemein	Agrar	Fisch
Gesamt							

De-minimis-Beihilfen, die die verbundenen Unternehmen des Antragstellers erhalten bzw. beantragt haben⁷

Bitte erfassen Sie alle De-minimis-Beihilfen Ihrer verbundenen Unternehmen einschließlich derer, die von der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank - gewährt wurden.

Verbundene Unternehmen des Antragstellers (gemäß Punkt 2 der De-minimis-Erklärung)	Datum Zuwendungs- bescheid/Vertrag (TT.MM.JJJJ)	Beihilfegeber	Aktenzeichen	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	De-minimis-Beihilfen⁶ - Art d. Beihilfe/Beihilfebetrags: Hinweis: Bei Darlehens- oder Bürgschaftsförderungen bitte nur den Beihilfewert eintragen! (in EUR)		
					Allgemein	Agrar	Fisch
Gesamt							

⁶ Weitere erhaltene De-minimis-Beihilfen sind ggf. auf einem gesonderten Blatt entsprechend der vorstehenden Tabelle aufzulisten.

⁷ Bezüglich der hier zu berücksichtigenden Unternehmen siehe die Erläuterung auf Seite 1 zum „einzigsten Unternehmen“.

Erklärung des Antragstellers – kein „Unternehmen in Schwierigkeiten“

1. Antragsteller

Name
Vorname
bzw. Firma

Straße, Hausnummer
PLZ Ort

2. Definition

Grundlage für die Definition eines „Unternehmens in Schwierigkeiten“ sind die Leitlinien für staatliche Beihilfen für Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (veröffentlicht im Amtsblatt der EU 2014/C 249/01 vom 31. Juli 2014) bzw. die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014).

Demnach befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaften, z. B. GmbHs und AGs): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals (inkl. aller Agios) ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht.
- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (z. B. KG, oHG, GbR, GmbH & Co. KG): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen

Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.

- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
- Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
- Bei einem Unternehmen, das kein KMU ist, lag in den vergangenen beiden Jahren
 - der buchwertbasierte Verschuldungsgrad über 7,5 und
 - das Verhältnis des EBITDA zu den Zinsaufwendungen unter 1,0.

Ein KMU wird in den ersten drei Jahren nach seiner Gründung (bzw. in den ersten sieben Jahren in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen i.R. der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung) nur dann als Unternehmen in Schwierigkeiten betrachtet, wenn es die Voraussetzungen unter den Buchstaben c) oder d) erfüllt.

3. Besonderheiten

Die GD Wettbewerb der Europäischen Kommission vertritt die Auffassung, dass Nachrangdarlehen nicht als Eigenmittel im Sinne der Definition „Unternehmen in Schwierigkeiten“ gewertet werden dürfen, da sie nach den International Accounting

Standards als Fremdkapital zu bilanzieren sind. Bis zu einer etwaigen hiervon abweichenden Entscheidung der Europäischen Kommission oder eines Europäischen Gerichts ist diese Vorgabe zu beachten.

4. Erklärung

Hiermit versichere ich/versichern wir, dass mein/unser Unternehmen kein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (veröffentlicht im Amtsblatt der EU 2014/C 249/01 vom 31. Juli 2014) bzw. der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

(veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014) ist.

Mir/Uns ist bekannt, dass diese Erklärung subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches ist und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Unternehmer

Ort
Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift Stempel

Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung gemäß DSGVO

Die im Vertrag angegebenen personenbezogenen Daten, insbesondere Name, Anschrift, Telefonnummer, Bankdaten, die allein zum Zwecke der Durchführung des entstehenden Vertragsverhältnisses notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Die antragstellende Person wird darauf hingewiesen, dass die Einwilligung in die Datenverarbeitung, insbesondere in die Erhebung, Speicherung, Verarbeitung, Nutzung und Übermittlung – ggf. auch durch hinzugezogene Institutionen – der für die Bearbeitung des Antrages, der Bewilligung und Verwaltung des Zuschusses erforderlichen personenbezogenen Daten freiwillig ist. Die nachstehende Einwilligung erfolgt unbeschadet des Rechts zum Widerruf mit Wirkung für die Zukunft, sofern dem keine Rechtsgründe entgegenstehen. Die Nichteinwilligung hätte jedoch zur Folge, dass die Bearbeitung des Antrages sowie die Gewährung des beantragten Zuschusses unmöglich wird. Eventuell gezahlte Förderbeträge müssen zurückerstattet werden.

Die antragstellende Person willigt in die Erhebung, Speicherung, Verarbeitung, Nutzung und Übermittlung der Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Bewilligung und Verwaltung bzw. der Bearbeitung eines ggf. entstehenden Erstattungsanspruchs des Zuschusses ein. Die Einwilligung gilt auch für die Übermittlung der Daten an alle an der Bewilligung, Auszahlung und Verwaltung des Zuschusses einschließlich der Prüfung und Evaluation des Förderprogramms beteiligten Stellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung und die Verarbeitung der übermittelten Daten durch diese Stellen. Hierzu können der Bundes-/Landesrechnungshof, das Sächsische Staatsministerium des Innern, die Sächsische Aufbaubank und die Westsächsische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH sowie von diesen beauftragten Institutionen, die Kammern und sonstige am Förderverfahren beteiligte Stellen zählen.

Die antragstellende Person willigt ein, dass die Stadt Limbach-Oberfrohna die Daten des Antrags für die Vorbereitung und Durchführung im Rahmen der KU-Richtlinie im Ratsinformationssystem sowie ggf. in den (Online-)Medien der Stadt veröffentlicht, welche wiederum weltweit online abrufbar und insbesondere durch Suchmaschinen auffindbar sind. Eine Weiterverwendung und/oder Veränderung durch Dritte kann nicht ausgeschlossen werden und unter Umständen ist eine vollständige Löschung im Internet nicht möglich.

Rechte des Betroffenen: Auskunft, Berichtigung, Löschung und Sperrung, Widerspruchsrecht

Sie sind gemäß Artikel 15 DSGVO jederzeit berechtigt, gegenüber dem Vertragspartner um umfangreiche Auskunftserteilung zu den zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu ersuchen. Gemäß Artikel 17 DSGVO können Sie jederzeit gegenüber dem Vertragspartner die Berichtigung, Löschung und Sperrung einzelner personenbezogener Daten verlangen. Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung erfolgten Verarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt. Der Widerruf ist zu richten an den Datenschutzbeauftragten der Stadt Limbach-Oberfrohna, Herrn Rico Chomek, Rathausplatz 1, 09212 Limbach-Oberfrohna oder per E-Mail an datenschutz@limbachoberfrohna.de.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift



Ausgaben- und Finanzierungsplan (bitte Nettobeträge angeben, wenn Antragssteller vorsteuerabzugsberechtigt)

Lfd.	Anschaffungsgegenstand	Einzelpreis	Anzahl	Gesamtkosten	Eigenmittel	Drittmittel	Beantragte Fördermittel (i.d.R. 40 %)
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							
11							
12							
13							
14							
15							
16							
17							
18							
19							
20							
Gesamt							

Ort/Datum _____

Stempel/rechtsverbindliche Unterschriften _____



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch
Steuermittel auf der Grundlage des vom
Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Firma

.....
.....
.....

Stadtverwaltung
Limbach-Oberfrohna
Stabsstelle E-Government &
Wirtschaftsförderung
Rathausplatz 1
09212 Limbach-Oberfrohna

Unterschriftskarte

Für das beantragte Vorhaben ist/sind zeichnungsberechtigt:

- 1. _____ zeichnet _____
- 2. _____ zeichnet _____
- 3. _____ zeichnet _____
- 4. _____ zeichnet _____
- 5. _____ zeichnet _____

Wir bitten, die abgegebenen Handzeichnungen bei allen Unterschriften der Stadt gegenüber genau beizubehalten.

Es verfügen Nr. _____ jeder für sich;

Nr. _____ je gemeinschaftlich.

Ort/Datum

Stempel/rechtsverbindliche Unterschriften